



Frau
Präsidentin des Nationalrates

Zur Zahl 8161/J-NR/2016

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Albert Steinhauser, Freundinnen und Freunde haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Straftaten und Selbsttötungen in Haft 2015“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage aufgrund der mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu 1:

Im Jahr 2015 gab es in den österreichischen Justizanstalten 329 strafrechtlich relevante Handlungen von Insassinnen und Insassen gegenüber Mitinsassinnen und -insassen:

- 6 Anzeigen wegen Diebstahl unter Insassen
- 21 Anzeigen wegen gefährlicher Drohung unter Insassen
- 5 Anzeigen wegen Misshandlung unter Insassen
- 7 Anzeigen wegen Nötigung unter Insassen
- 288 Anzeigen wegen Raufhandel unter Insassen
- 2 Anzeigen wegen Verleumdung unter Insassen

Zu 2:

Ich bitte um Verständnis, wenn ich von der Beantwortung dieser Frage aufgrund des damit verbundenen unvertretbar hohen Verwaltungsaufwands absehen muss.

Zu 3:

Im Jahr 2015 gab es in den österreichischen Justizanstalten zwei Anzeigen wegen sexueller Übergriffe von Häftlingen gegenüber anderen Insassinnen und Insassen:

- 1 Anzeige wegen sexueller Nötigung
- 1 Anzeige wegen Vergewaltigung

Zu 4:

Im Jahr 2015 gab es soweit ersichtlich keine sexuellen Übergriffe unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegenüber anderen Insassinnen und Insassen.

Zu 5:

Im Jahr 2015 gab es in den österreichischen Justizanstalten 399 strafrechtlich relevante Suchtgiftmissbräuche durch Insassinnen und Insassen, die zur Anzeige gebracht wurden.

Zu 6:

Ich bitte um Verständnis, wenn ich von der Beantwortung dieser Frage aufgrund des damit verbundenen unvermeidbar hohen Verwaltungsaufwands absehen muss.

Zu 7:

Im Jahr 2015 gab es in den österreichischen Justizanstalten bedauerlicherweise sechs Suizide. Diese Zahl ist zwar rückläufig, die Maßnahmen dagegen müssen freilich unvermindert fortgesetzt werden.

Zu 8:

Im Jahr 2015 gab es in den österreichischen Justizanstalten weder Suizide von jungen Erwachsenen noch von jugendlichen Insassinnen bzw. Insassen.

Wien, 15. April 2016

Dr. Wolfgang Brandstetter

